

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Gibt es jährliche Begehungen auf den Spielplätzen, oder wie ist es dazu gekommen, dass diese vielen Spielplätze mit den Spielgeräten aufgefallen sind, zum Teil abgängige Spielgeräte dabei waren oder man Reparaturaufträge formuliert hat?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Meines Wissens nach handelt es sich um ein ganz normales Verfahren. Es gibt regelmäßige Begehungen, und immer dann, wenn festgestellt wird, dass ein Spielgerät nicht mehr in Ordnung ist und eine Gefahr beinhaltet, wird es abmontiert. Wenn es sich auf dem Gelände eines Kindergartens befunden hat, werden sie informiert, und dann kümmert sich das jeweilige Sozialzentrum um eine Ersatzbeschaffung. Nur, wenn außer der Reihe etwas aufgefallen ist, weil sich Bürgerinnen und Bürger beschwert haben oder weil dem Kindergarten aufgefallen ist, dass etwas nicht sicher ist, können sie sich auch bei den Sozialzentren melden. Es gibt aber selbstverständlich regelmäßige Überprüfungen, denn die Freie Hansestadt Bremen hat beispielsweise auch eine Haftung.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Sie sagen, dass es regelmäßige Begehungen gibt. Das heißt, bei der Vielzahl der Spielplätze, die wir im Land Bremen haben, ist es völlig normal, dass immer ein Teil der Spielgeräte abgängig ist. Das heißt, wir müssten im Haushalt eigentlich einen gewissen Betrag als grundsätzliche Vorsorge für die Spielplätze schon eingestellt haben. Meine Frage lautet: Ist das der Fall, oder ist das nicht der Fall?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Aus der Antwort habe ich entnommen, dass man in vielen Fällen auf WiN-Mittel beziehungsweise Mittel der Stiftung „Wohnliche Stadt“ setzt. Ich weiß, dass manchmal Beiratsmittel herangezogen wurden und es manchmal auch Eigenmittel der Kindergärten gewesen sind. Ob es einen extra Haushaltsposten bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen gibt, der eigens nur dafür vorhanden ist, das weiß ich nicht, aber auch das können wir in Erfahrung bringen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich habe eine Bitte! Vielleicht können Sie das dann in der Deputation auch gleich entsprechend berichten lassen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ja, es gibt ja die Haushaltsberatungen, und dort können Sie selbstverständlich das alles verlangen und Auskunft erhalten.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Fachliche und organisatorische Unterstützung der Jugendbeiräte durch die Senatskanzlei**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Neddermann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Neddermann!

Abg. Frau **Neddermann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welcher Personalbedarf ergibt sich aus der vom Senat in der Antwort auf die Kleine Anfrage „Kinder- und Jugendbeteiligung im Land Bremen“, Drucksache 18/740, angekündigten personellen Verstärkung der Fachberatung zur Unterstützung der Jugendbeiräte?

Zweitens: Zu wann plant der Senat, diese Stelle zu besetzen?

Drittens: Welche anderen Möglichkeiten sieht der Senat, die fachliche und organisatorische Unterstützung der Jugendbeiräte weiter zu verbessern?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Joachim.

Staatsrat Dr. Joachim: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Jahr 2010 wurde befristet eine Fachkraft im Umfang von 19,6 Stunden zur gesamtbremischen Unterstützung/Koordinierung der Arbeit der Jugendbeiräte eingestellt. Zudem werden die fünf Jugendbeiräte in der Stadt Bremen durch personelle Ressourcen örtlich spezifisch unterstützt. In einigen Ortsämtern begleiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ortsamtes den Jugendbeirat, in anderen Fällen unterstützen Fachkräfte der Jugendhilfe oder Studierende auf Honorarbasis den Jugendbeirat.

Zu Frage 2: Die Begleitung der einzelnen Jugendbeiräte wird weiter örtlich spezifisch geschehen, zum Beispiel durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ortsamtes oder durch Honorarkräfte.

Eine Verstetigung sowie die Prüfung der Verstärkung der personellen Ressource in der Senatskanzlei wird derzeit unter Einbeziehung der Ergebnisse der Eckwertberatungen für die Haushaltsjahre 2014/2015 in die Wege geleitet.

Zu Frage 3: Neben der Fachkraft in der Senatskanzlei kann die fachliche und organisatorische Unterstützung der Jugendbeiräte durch Fortbildungen, Seminare und anlassbezogene Veranstaltungen erfolgen. Ein Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Ende Februar 2013 zur Unterstützung der Jugendbeiräte und weiterer Mitbestimmungsprojekte für junge Menschen im Rathaus durchgeführte Veranstaltung „Wem gehört die Stadt“.

Die gleichnamige Ausstellung, in der 18 Jugendbeteiligungprojekte vorgestellt werden, dient auch der Unterstützung von Jugendbeiräten. Sie wurde im April 2013 an der Gesamtschule West gezeigt und im Unterricht behandelt. Ein Beteiligungskoffer zur Durchführung und Entwicklung der Jugendbeteiligungsprojekte im Stadtteil ist derzeit in Arbeit.

Der Senat erwartet, dass die Jugendbeiräte in ihren Stadtteilen weiterhin auch von den Einrichtungen der Jugendarbeit und von den Schulen Unterstützung erhalten. Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen wird die sozialpädagogische und gegebenenfalls organisatorische Unterstützung von jugendlichen Partizipationsprozessen, wie beispielsweise in Jugendbeiräten, auch in dem gerade begonnenen Prozess der Neuaufstellung des Konzepts der stadtteilbezogenen Jugendförderung als Leitorientierung fortentwickeln und im durch den Haushaltsgesetzgeber gesetzten Rahmen umsetzen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Überlast- und Gefährdungsanzeigen bei der Feuerwehr Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Tuncel, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Vogt!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie haben sich die Überlast- beziehungsweise Gefährdungsanzeigen bei der Feuerwehr Bremen in den vergangenen zwei Jahren entwickelt?

Zweitens: Welche Gründe haben diese Anzeigen durch die Feuerwehrbelegschaft nach Auffassung des Senats?

Drittens: Welche Maßnahmen werden unternommen, um dem Problem der Überlastung zu begegnen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Seit dem 29. September 2012 sind insgesamt 20 Überlastanzeigen eingegangen. Zuvor sind keine zu verzeichnen gewesen.

Zu Frage 2: 19 der genannten Überlastanzeigen beziehen sich auf den Rettungsdienst. Die Einsatzfrequenzen waren auf der Wache 1 teilweise so hoch, dass innerhalb der Dienstschichten ausreichende Erholungsphasen nicht mehr zusammenhängend gewährt werden konnten.

Zu Frage 3: Durch Umsteuerungsmaßnahmen wurde kurzfristig für Entlastung gesorgt. Seitdem liegen keine weiteren Überlastanzeigen vor. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Hundeauslaufflächen**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Imhoff, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte Herr Kollege Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie viele Entwürfe ortsrechtlicher Regelungen mit dem Ziel der möglichen Festlegung von Hundeauslaufflächen hat der Senat, wie in der Drucksache 18/34 S beschlossen, seit September 2011 vorgelegt?

Welche weiteren Maßnahmen hat der Senat seit dem einstimmigen Beschluss der Stadtbürgerschaft vom 27. September 2011 in Bezug auf die Ausweisung von Hundeauslaufflächen im Stadtgebiet getroffen?

Welche konkreten Planungen für die Ausweisung von Hundeauslaufflächen bestehen zurzeit?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt: